

Informationen gemäß Art. 13 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten

Im Zusammenhang mit der Unterschutzstellung von schutzwürdigen und schutzbedürftigen Teilen von Natur und Landschaft und sonstigen Entscheidungen in/für geschützte/n Teile/n von Natur und Landschaft werden bei Ihnen personenbezogenen Daten erhoben. Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise:

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3
48143 Münster

Telefon 0251/411-0

E-Mail-Adresse: poststelle@brms.nrw.de

Internet-Adresse: <http://www.bezreg-muenster.de>

2. Angaben zum Vertreter des Verantwortlichen

Den oben genannten Verantwortlichen vertritt:

Die Regierungspräsidentin/Der Regierungspräsident

Domplatz 1-3
48143 Münster

Telefon 0251/411-0

E-Mail-Adresse: poststelle@brms.nrw.de

3. Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten lauten:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3
48143 Münster

Telefon 0251/411-0

E-Mail-Adresse: datenschutz@brms.nrw.de

4. Angaben zu der Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen:

Kavalleriestr. 2-4
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/38424-0

Telefax: 0211/38424-10

Email: poststelle@ldi.nrw.de

Internet: www.ldi.nrw.de

5. Zweck/e und Rechtsgrundlage/n der Verarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, um geschützte Teile von Natur und Landschaft ausweisen und sonstigen Entscheidungen im Zusammenhang mit geschützten Teilen von Natur und Landschaft treffen zu können.

Rechtsgrundlage/n für die Verarbeitung Ihrer Daten sind:

- Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. §§ 1 f. BNatSchG, § 43 Abs. 1+2 LNatSchG NRW (ordnungsbehördliche Verordnungen)
- Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. §§ 1 f, 22. BNatSchG, § 48 LNatSchG NRW (Sicherstellung)
- Art 6 Abs. 1 lit b) DSGVO (Entscheidungen über Abschluss von Verträgen zum Schutz von Teilen von Natur und Landschaft)
- Art. 6 Abs. 1 lit e) DSGVO i.V.m. § 68 Abs. 1 BNatSchG, § 76 Abs. 2 LNatSchG NRW (Entscheidung zu Ausgleichszahlungen und Entschädigungen)
- Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 32 Abs. 1 BNatSchG, § 51 Abs. 2 LNatSchG NRW (Anhörungsverfahren nach § 51 LNatSchG NRW)

6. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Folgende personenbezogene Daten von Ihnen werden durch das Dezernat 51 der Bezirksregierung Münster verarbeitet:

Name, Vorname, Straße, Ort, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, ggfs. Grundbuch-Nr., Gemarkung, Flur, Flurstück, ggfs. Zahlungspartner (Kontoinhaber, Kontonummer, Bankverbindung).

7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (einschließlich des Zwecks der „Übermittlung“, der unter 5. bereits dargestellt ist)

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an ebenfalls mit der Ausweisung von geschützten Teilen von Natur und Landschaft sowie den sonstigen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Ausweisung von geschützten teilen von Natur und Landschaft tätigen Behörden (die jeweils betroffenen Kreise und kreisfreien Städte, das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucherschutz des Landes NRW, sonstige betroffene Träger öffentlicher Belange, die jeweils zuständige Biologische Station, die Landeskasse, den Landesrechnungshof, das Rechnungsprüfungsamt sowie die Vollstreckungsbehörden).

An das Landesarchiv NRW werden Ihre Daten ggf. weitergegeben, um die historische Bedeutung der Angelegenheit dokumentieren zu können.

8. Absicht Übermittlung an Drittland oder eine internationale Organisation

Es ist **NICHT** beabsichtigt, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln.

9. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

Ihre Daten werden nach rechtskräftigem Abschluss des Verfahrens bei mir für weitere 30 Jahre gespeichert.

10. Rechte der Betroffenen

Bei Erhebung personenbezogener Daten stehen Ihnen grundsätzlich folgende Rechte zu:

- Unter den Voraussetzungen des Art. 7 DSGVO haben Sie ein Recht auf Widerruf der Einwilligung.
- Unter den Voraussetzungen des Art 15 DSGVO haben Sie ein Auskunftsrecht.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 16 DSGVO haben Sie ein Recht auf Berichtigung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DSGVO haben Sie ein Recht auf Löschung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO haben Sie ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO haben Sie ein Recht Übertragung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO haben Sie ein Recht auf Widerspruch.

11. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Beschwerde einzulegen. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 4. dieses Bogens.

12. Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Sie sind zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten verpflichtet.

Diese Pflicht ergibt sich aus folgenden Rechtsgrundlagen:

- Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. §§ 1 f. BNatSchG, § 43 Abs. 1+2 LNatSchG NRW (ordnungsbehördliche Verordnungen)
- Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. §§ 1 f, 22. BNatSchG, § 48 LNatSchG NRW (Sicherstellung)
- Art 6 Abs. 1 lit b) DSGVO (Entscheidungen über Abschluss von Verträgen zum Schutz von Teilen von Natur und Landschaft)
- Art. 6 Abs. 1 lit e) DSGVO i.V.m. § 68 Abs. 1 BNatSchG, § 76 Abs. 2 LNatSchG NRW (Entscheidung zu Ausgleichszahlungen und Entschädigungen)
- Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 32 Abs. 1 BNatSchG, § 51 Abs. 2 LNatSchG NRW (Anhörungsverfahren nach § 51 LNatSchG NRW)

Sie haben das Recht, aus Gründen die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen. Ich werde Ihre Daten allerdings dennoch verarbeiten, wenn ich zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.